

Grußwort Senator Jörg Dräger, Ph.D. (Cornell U.) bei der Jahrestagung der Helmholtz-Gemeinschaft am 17. November 2005 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort

Statt mit „heißen Eisen“, lieber Herr Prof. Mlynek, möchte ich mit einem Dank für Ihre Einladung beginnen. Gekommen bin ich sehr gern: Einerseits hat die Helmholtz-Gemeinschaft für Hamburg eine große Bedeutung – und spannend ist sie für mich als Physiker sowieso. Andererseits gibt es kaum einen besseren Zeitpunkt, um über die Zukunft des Wissenschaftsstandortes Deutschland zu diskutieren, als jetzt, da der Koalitionsvertrag der zukünftigen Bundesregierung die Zuständigkeiten für Wissenschaft und For-schung weitgehend neu ordnen will.

Auch wenn ich heute zumeist über Strukturen reden werde, sollte das nicht darüber hinweg täuschen, dass der große Erfolg von Wissenschaft, und das gilt auch für die Helmholtz-Gemeinschaft, nur durch die Leistungen hervorragender Forschungs-, aber nicht zuletzt auch Führungspersönlichkeiten möglich ist.

Sie, lieber Herr Prof. Kröll, haben in den letzten Jahren die Helmholtz Gemeinschaft mit sicherer Hand durch eine von uns allen gewollte Phase des Umbruchs geführt.

Ich spreche von der Einführung der Programmbudgetierung, die für die Gemeinschaft einen kaum überschätzbaren Wandel in der staatlichen Förderpolitik bedeutet hat. Dabei haben Sie mit klaren Zielen, mit Entschlossenheit, aber auch mit dem nötigen Fingerspitzengefühl durchaus unterschiedliche Interessen zu einem großen Ganzen zusammengehalten oder – richtiger gesagt – zusammengefügt. Für Ihre verdienstvolle Arbeit und Ihr großes En-gagement möchte ich Ihnen meinen Respekt aussprechen und mich bei Ihnen für die verlässliche Zusammenarbeit bedanken.

Sie, lieber Herr Prof. Mlynek, sind für uns als erfolgreicher Hoch-schulpräsident alles andere als eine unbekannte Größe. Zur Ernennung in Ihr neues, ehrenvolles, aber vor allem anspruchsvolles Amt, gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Ich bin überzeugt, dass Sie und Ihr Team die kommenden Aufgaben meistern werden – mit den anstehenden Veränderungen angesichts der Ressortverteilung und des Koalitionsvertrags war der Start ja schon recht turbulent.

Wenn Sie, lieber Herr Prof. Mlynek, mich in Ihrer Begrüßung da-nach fragten, wie sich der Wissenschaftsstandort Deutschland entwickeln muss und welche Rolle dabei der außeruniversitären Forschung zukommt, dann werfen vielleicht zwei Beispiele am DESY in Hamburg einen recht anschaulichen Blick auf die Herausforderungen.

Erstens: Die Stadt Hamburg und der Bund konnten in den fünfzi-ger Jahren noch aus eigener Kraft die entscheidende Initiative zur Gründung von DESY geben – als Berufungszusage für einen einzigen „USA-Rückkehrer“. Diese Investition reichte aus,

um in der Hochenergiephysik auf Weltniveau zu forschen.

Heute wäre dies undenkbar. Heute erleben wir die Beschränkungen nicht nur regionaler, sondern sogar nationaler Forschungspolitik: Das am DESY anstehende Investitionsvolumen von fast ei-ner Mrd. Euro für den freien Röntgenelektronenlaser XFEL kann weder ein Bundesland, noch der Bund oder ein anderer europäischer Staat allein tragen. Heute brauchen wir die internationale Kooperation.

Zweitens: Am Standort der Konkurrenz von DESY, in Stanford, bedarf es für die Entscheidung über den Bau des dortigen Lasers mehr oder minder nur einer einzigen Unterschrift des Department of Energy.

In Deutschland benötigen wir für die gleiche Entscheidung die Zustimmung

- des Wissenschaftsrates,
- des Bundes,
- des Sitzlandes oder mehrerer beteiligter Sitzländer,
- der Helmholtz-Gemeinschaft,
- der Gemeinschaft der Bundesländer, in denen HGF-Einrichtungen ihren Sitz haben,
- faktisch auch der EU im 7.Rahmenprogramm bzgl. der für die Einrichtung nötigen Projektförderung, und schließlich
- der beteiligten 12 europäischen – und wohl auch noch weiterer außereuropäischer – Staaten.

Wer von den beiden Konkurrenten wird schneller sein in seinen Entscheidungsprozessen, um mit der Forschung dann auch tatsächlich beginnen zu können (und nicht nur darüber zu reden)?

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesen beiden Beispielen ziehen?

Erstens folgt für mich ein Bekenntnis zur Notwendigkeit der Großforschung: Damit sich Deutschland und Europa als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort im internationalen Wettbewerb behaupten können, brauchen wir für die Investitionen in Wissenschaft kritische Masse, d.h. sinnvolle Schwerpunktbildung und Konzentration mindestens auf europäischer Ebene.

Und dies beinhaltet auch, dass Projekte – wie z.B. der XFEL am DESY – über Länder- und Staatsgrenzen hinaus realisiert werden müssen – und zwar effizienter und schneller, als dies gegenwärtig möglich ist.

Das heißt aber zweitens auch, dass im Bereich der Großforschung die Bedeutung der deutschen Länder sinkt und die des Bundes und der EU zwangsläufig steigt – und dass es sich mit den entsprechenden Kompetenzen von Bund und Ländern in diesem Bereich dann ähnlich verhalten müsste. Ohne ein funktionie-rendes föderales System auf europäischer und auf deutscher

Ebene sind wir im internationalen Wettbewerb chancenlos. „Funk-tionierend“ heißt dabei entscheidungsfähig, d.h. funktionsgerechte Abschtichung der Kompetenzen statt unnötiger Vermischung. Anders ausgedrückt: Nicht jeder muss überall mitreden.

Anfangen müssen wir bei uns selbst: Die Föderalismusreform und die damit einhergehende Kompetenz-Entflechtung sind bitter nötig, und ich bin froh, dass der Koalitionsvertrag im Bund sie jetzt vorsieht. Zur Entflechtung kann – auch wenn dies im Moment noch nicht geregelt ist – dann aber eben auch gehören, dass dem Bund

bei der Großforschung eine stärkere Rolle zugestanden wird.

Das mag für mich als Landesminister scheinbar gegen eigene Interessen sein (kann ich doch dann nicht mehr so viel mitreden) – aber es ist aus deutscher und europäischer Perspektive sinnvoll, und damit längerfristig auch gut für die Länder. Ähnliches gilt auch für die Großforschung, denn weniger ist manchmal mehr. Gäbe es zukünftig nur einen statt wie heute 17 Chefs von Bund und Ländern, dann wäre die Helmholtz-Gemeinschaft entscheidungsfähiger (das finden alle gut), hätte aber eben auch mehr „Chef“ im Sinne zentraler Lenkung (das findet dann nicht jeder so gut). Wir alle, Politik und Wissenschaft, sollten deswegen bei der anstehenden Entflechtung aufpassen, dass notwendige übergeordnete Ziele im Gerangel um Kompetenzen nicht aus dem Blickpunkt geraten.

Ich will und kann aus Zeitgründen nicht auf die Bereiche eingehen, in denen ich die direkte, gemeinsame Bund-Länder-Verantwortung für äußerst sinnvoll und zukunftsfähig halte, wie z.B. in der Max-Planck-Gesellschaft. Nur gelten für alle Forschungsgemeinschaften als erster Schritt die gleichen Herausforderungen, nämlich mit einem gewissen Pragmatismus die Entscheidungsebenen zu entzerren, statt zu lange eine aussichtslose Grundsatzdiskussion zu führen. Wir brauchen uns nicht unbedingt in der Frage zu verkämpfen, ob die Länder ganz aus der Helmholtz-Gemeinschaft verschwinden sollten.

Sondern wir sollten uns eher fragen, ob sie wirklich im Wissenschaftsrat und in mehreren anderen Gremien immer wieder mit der gleichen Fragestellung befasst werden müssen, obwohl die Entscheidung faktisch schon im ersten Gremium gefallen ist. Und natürlich gibt es gute Gründe, die Bund-Länderkonferenz ganz aufzulösen. Aber wichtiger für unser tatsächliches Handeln ist doch die Frage, wie viele Gremienebenen in der BLK sich mit der gleichen Entscheidung befassen, ohne tatsächlich etwas zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, eine sinnvolle Bündelung der Kompetenz für die Großforschung sowie die Entflechtung der Entscheidungsabläufe ist aber nur die eine Seite der Medaille. Denn ich bin genauso überzeugt, dass Hochschulpolitik eine Kernaufgabe der Länder sein muss. Nur in einem lebendigen Wettbewerbsföderalismus wird es den Hochschulen möglich sein, autonom und eigenständig über Inhalte und Strukturen zu entscheiden. Wenn wir das Hochschulrahmengesetz jetzt abschaffen, tun wir das nicht, um die Länder zu stärken, sondern die Hochschulen.

Mit jeder bundesgesetzlichen oder überregionalen Einschränkung, die in den letzten Jahren abgebaut wurde, erfolgte genau diese Stärkung.

- Hochschulen dürfen sich jetzt ihre Studierenden selbst auswählen, statt sie einfach nur zugewiesen zu bekommen.
- Gebühren bringen die Chance zur Differenzierung statt staatlich verantworteter Gleichmacherei.
- Gehälter können künftig den Beitrag zur Leistung der Hochschule anerkennen statt das zunehmende Alter.
- Neue Organisationsformen werden erprobt und damit die Entscheidungen dorthin verlagert, wo sie sach- und kunden-nah getroffen und verantwortet werden können.

Und ich bin überzeugt, dass dieser Prozess hin zu mehr Autonomie und Wettbewerb sich jetzt fortsetzt, wenn die Zwangsjacke des HRG wegfällt, die Länder frei über die Beamtenbesoldung entscheiden dürfen und der Hochschulbau in die alleinige Verantwortung der Länder gelegt wird.

Diese Freiheit, die Länder und Hochschulen dank des Koalitionsvertrages und der dort beschlossenen Föderalismusreform wohl erlangen werden, geht aber auch mit einem ähnlich großen Maß an zusätzlicher Verantwortung einher. Der organisatorische Rahmen für Wissenschaft muss jetzt von uns neu gestaltet werden: wettbewerbsorientiert, aber nicht kleinstaatlerisch.

Und an dieser Stelle muss man leider feststellen, dass nicht allein das Korsett aus Bundesvorgaben und die Schwerfälligkeit überregionaler Entscheidungsverfahren zu den Anzeichen von Erstarrung beigetragen haben, die allorts beklagt werden. Auch viele Verabredungen im Rahmen der Kultusministerkonferenz dienen (ausgesprochen oder unausgesprochen) dazu, Wettbewerb zwischen Ländern und Hochschulen auszuschließen. So frage ich mich, warum es überregionaler Abreden über die Lehrverpflichtung von Professoren bedarf. Warum dürfen Hochschulen Lehrdeputate nicht flexibel zuweisen, statt unabhängig von Forschungsstärke oder Lehrorientierung jeden acht oder 18 Stunden die Woche lehren zu lassen? Wenn Gerichte bei Zulassungsprozessen den „billigen Jakob“ zum Maßstab für alle und alles machen, müssen wir dagegen etwas unternehmen, statt resigniert die Fahne der Flexibilität einzurollen und uns wieder mit unserer teilweise selbst verantworteten Gleichmacherei zufrieden zu geben.

Meine Damen und Herren, zwei Forderungen habe ich bisher genannt: erstens eine stärker europäisierte Großforschung mit einhergehender Entflechtung der Entscheidungsabläufe und zweitens eine Stärkung der Hochschulen durch Dezentralisierung der politischen Verantwortung. Ich möchte einen dritten, aus meiner Sicht zentralen Aspekt einer zukunftsorientierten Wissenschaftspolitik nennen: die dringend notwendige Vernetzung der außer-universitären und universitären Forschung. In Ihrer Einladung zum heutigen Tag haben Sie es „Helmholtz und die Hochschulen“ genannt.

Ich weiß, die Forderung nach Vernetzung ist nicht originell. Und ich weiß auch, dass wir seit einigen Jahren gemeinsame Anstrengungen unternehmen, das Übel der Versäulung unserer Forschungsorganisationen untereinander und im Verhältnis zu unseren Hochschulen – von den eingesetzten Ressourcen her immer noch den bedeutendsten Stätten der Forschung in Deutschland – zu bekämpfen.

Es geht mir heute nicht mehr um die Frage, „ob“, sondern „wie“ die Hochschulen und die Forschungsorganisationen Partner werden. (Die Frage des „ob“ ist zu lange schon mit einem eindeutigen „ja“ beantwortet.) Aber: Brauchen wir zur Förderung dieser Vernetzung neue, zusätzliche Steuerungsinstrumente von Bund und Ländern – gerade vor dem Hintergrund meiner Erwartung, dass sich das Handeln des Bundes in den kommenden Jahren sehr stark auf die Großforschung fokussieren wird und dass für die Länder ihre alleinige Verantwortung für die Hochschulen und die Hochschulforschung eine noch wachsende Rolle spielen wird?

Muss der stärkeren Verflechtung der Hochschulforschung mit der außeruniversitären Forschung gar eine korrespondierende stärkere Verflechtung im Verhältnis von Bund

und Ländern vorausgehen – entgegen aller politischen Forderungen der letzten Jahre?

Das glaube ich ganz und gar nicht. Ich habe Vertrauen in das gesunde Eigeninteresse, in die Initiative und die Dynamik der Wissenschaft, d.h. in das freie Spiel der Kräfte. Ich glaube nicht, dass wir in der Großforschung komplexe politische Entscheidungsprozesse brauchen, um diese Vernetzung und Kooperation zu erzwingen. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass wir in den letzten Jahren schon viele Anreize für die Beteiligten geschaffen haben, diese Zusammenarbeit selbst zu wollen und auch zu leben. Die von Prof. Mlynek genannten Zahlen über die Beteiligung der Helmholtz-Zentren an Sonderforschungsbereichen, Exzellenz-Clustern und Graduiertenschulen zeigen dies.

Warum reicht das freie Spiel der Kräfte für die Vernetzung, und warum wird diese meiner Ansicht nach sogar in Zukunft noch besser? Lassen Sie mich Ihnen fünf Gründe nennen, die ich gleichermaßen auch als einen Appell für eine erweiterte Zusammenarbeit verstanden wissen möchte.

Erstens, und das war lange nicht so, treffen sich mit Hochschulen und Forschungszentren zunehmend zwei Partner auf gleicher Augenhöhe, denn die Länder und die Hochschulen haben ihre Hausaufgaben inzwischen gemacht. Durch Reformbereitschaft und Reformen sind die Hochschulen zu attraktiven und professionellen Partnern für die außeruniversitäre Forschung geworden.

Herr Mlynek hat gesagt, der wahre Egoist kopiert. Ich würde es positiver ausdrücken und sagen: Von den Forschungsgemeinschaften lernen heißt siegen lernen. Denn Sie haben den Anspruch der in Wettbewerb und Evaluation festzustellenden Exzellenz und Qualität schon gelebt, als die Hochschulen noch alle gleich gut (oder eher gleich schlecht) sein wollten (bzw. sein mussten) und Rankings und Vergleiche des Teufels waren. Sie haben in der HGF schon klare Entscheidungsstrukturen und Verantwortung betont, als die Hochschulen noch die Sackgasse der demokratischen Gruppenuniversität ausgelebt haben.

Doch die Zeiten sind andere geworden. Heute messen unsere Hochschulen zunehmend ihre Stärken und Schwächen genauso selbstverständlich, wie Sie dies tun, und gewinnen die Kraft, die nötigen Entscheidungen nicht nur zu erkennen, sondern auch zu treffen und umzusetzen.

Zweitens spricht für die verstärkte Zusammenarbeit die Notwendigkeit für kritische Masse. In Zeiten schlanker Haushalte kann die Finanzierung der benötigten größeren Strukturen nicht hinreichend durch zusätzliche finanzielle Mittel gesichert werden. Daher muss – wollen wir die kritische Masse und damit internationale Wettbewerbsfähigkeit erreichen – eine Konzentration der vorhandenen Ressourcen erfolgen, egal ob diese in einer Hochschule oder in einem Forschungszentrum organisatorisch verankert sind.

Drittens, und das gilt für die Hochschulen gleichermaßen wie für die Forschungsorganisationen, gehören Forschung und Lehre zusammen. Diese Einheit wird mittelfristig nur erhalten bleiben, wenn die Hochschulen Teile ihrer Forschung bei Max-Planck-Instituten oder Helmholtz-Zentren betreiben und wenn deren Forschende wiederum an den Hochschulen lehren.

Dass der breit angelegte Forschungsanspruch jeder deutschen Universität nicht erhalten bleiben kann, zeigt ein Blick in die USA. Dort gibt es je nach Zählung etwa 80 Forschungsuniversitäten aus einer Gesamtzahl von ca. 3000 Hochschulen. In Deutschland haben (noch) alle der über 100 Universitäten den Anspruch, Forschungsuniversität zu sein. Zählt man die Fachhochschulen mit, ist hierzulande das Verhältnis der forschenden zu den überwiegend lehrenden Hochschulen ca. 1:3, in den USA aber fast 1:40.

Da vor dem Hintergrund der immer teurer werdenden Forschung eine parallele außeruniversitäre und universitäre Forschung nicht mehr finanzierbar erscheint, werden in Deutschland nur die Universitäten als Forschungsuniversitäten überleben, die einen festen institutionellen Partner in der außeruniversitären Forschung haben.

Viertens erfordern die neuen Wege der Nachwuchsqualifikation eine natürliche und keine erzwungene Zusammenarbeit.

Auch hier hat sich die Situation grundlegend verändert, denn der Nachwuchs, will er sich alle Optionen offen halten, muss heute über den Weg der Junior-Professur Erfahrungen in Forschung und Lehre nachweisen, die rein forschungsbasierte Habilitation wird es zumindest in den Natur- und Ingenieurwissenschaften nicht mehr geben. Ohne eine feste Kooperation mit einer Hochschule im Sinne gemeinsamer Berufungen (und zwar nicht nur für die Leitungen, sondern sogar schon für die Juniorprofessuren) wird es für die außeruniversitäre Forschung äußerst schwer werden, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.

Es gibt auch noch einen fünften und letzten Aspekt, der Hochschulen und Forschungsorganisationen aus eigenem Antrieb zusammenbringt: die internationalen Rankings. Deutsche Hochschulen sind bisher regelmäßig nur in den unteren Rängen der Rankings vertreten, deutsche Forschungsorganisationen in den üblichen Rankings kaum bis gar nicht. Dies muss aber nicht so sein. Denn es mangelt in Deutschland nicht an hervorragenden Köpfen und Innovationsgeist. Was uns fehlt ist manchmal nur die richtige Zählweise. Würden das DESY und die Universität Hamburg ihre Publikationen, Drittmittel, ausgebildeten Doktoranden etc. zusammen zählen, dann wäre uns gemeinsam ein guter Platz in den Naturwissenschaften sicher.

Also: Die notwendige Verknüpfung wird sich vertiefen, auch wenn wir die Entscheidungsprozesse entflechten. Und zwar aus eigenem Antrieb der beteiligten Wissenschaftler und ihrer Organisationen, da alle dabei gewinnen. Allerdings: Das System wird nur funktionieren, solange Standortentscheidungen für die außeruniversitäre Forschung nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet werden, und zudem an sich deutlich entwickelnden oder schon existierenden Clustern getroffen werden – und nicht, um Regionalpolitik zu machen.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, an dieser Stelle einen kleinen Ausflug. Denn die Notwendigkeit der Verknüpfung gilt auch innerhalb und zwischen den Forschungsorganisationen. Auch die HGF wird Ihr Potenzial nur realisieren, wenn sie ihre sechs Forschungsbereiche niemals zu Instrumenten der Grenzziehung innerhalb der Organisation werden lässt. Ein Großgerät wie der XFEL wird als ein Servicezentrum für viele Disziplinen ein großer Anziehungspunkt sein: Biologen, Mediziner, Materialwissenschaftler, Chemiker oder Ingenieure werden hier forschen

wollen. Und da darf der Forschungsbereich Gesundheit den XFEL ebenso wenig als ein Gerät des Bereichs Struktur der Materie betrachten wie Max-Planck sagen kann, der gehört doch zu Helmholtz. Auch hier gilt: nur gemeinsam sind wir stark, nur das Gesamtinteresse zählt.

Insofern freue ich mich, dass diese grenzüberschreitenden Kooperationen in den letzten Jahren verstärkt wurden – die Politik wird diese notwendige Entwicklung sicher sehr aufmerksam weiter verfolgen.

Meine Damen und Herren, wir stehen hoffentlich wenige Tage vor dem Start einer neuen Bundesregierung. Forschung und Wissenschaft sowie die Föderalismusreform – und damit eine Neuordnung der Forschungsförderung – stehen dann ganz oben auf der Agenda. Ich sehe dies als eine sehr große Chance an.

Selten, wenn überhaupt, gab es ein so eindeutiges politisches Bekenntnis für die Wissenschaft:

- Die bereits beschlossenen Großgeräte sollen auf eine verlässliche finanzielle Basis gestellt werden.
- Der Pakt für Forschung und Innovation sowie die Exzellenzinitiative werden umgesetzt.
- Und es gibt ein klares Bekenntnis zum 3%-BIP-Ziel der Forschungsausgaben.

Nie gab es so gestärkte Hochschulen

- ohne Hochschulrahmengesetz,
- mit flexiblem Hochschulbau,
- besserer universitärer Forschungsförderung
- und flexiblerem Beamtenrecht.

Und so werden wir auch die – teilweise von mir aufgezeigten – noch anstehenden Herausforderungen meistern

- wie schnellere Entscheidungen über den Bau von Großgeräten sowie über die Großforschung,
- wie sinnvollere Strukturen der heutigen Forschungsgemeinschaften, inklusive der Ressortforschung der verschiedenen Bundesministerien
- und wie die Verschlankung und Entflechtung der Entscheidungsprozesse zwischen Bund und Ländern.

Mir scheint, dass wir heute bei der Reform des föderalen Wissenschaftssystems dort stehen, wo die Hochschulreformen der Länder vor fünf oder zehn Jahren standen: alle Ideen liegen auf dem Tisch (und, lassen Sie mich das wiederholen, natürlich finde ich sie aus dem Blickwinkel eines Landesministers nicht alle gut – nur in der Gesamtabwägung sind sie der richtige Weg), eigentlich ist alles schon gesagt und den meisten ist klar, was getan werden muss.

Jetzt muss nur noch jemand kommen und es auch anpacken, damit wir als Deutschland und Europa im Wettbewerb weiterhin eine Chance haben.

Mit der neuen Bundesregierung, mit den gestärkten Hochschulen und Ländern und

mit vorausschauenden Forschungsgemeinschaften haben wir jetzt die Chance, den Rahmen zu schaffen für das, was wirklich zählt: herausragende Wissenschaft, getragen durch ebensolche Persönlichkeiten.